

Verband deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Glinkastraße 32
10117 Berlin

1. Die Schuldenlast in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen.
Wie kann Ihrer Meinung nach diese Belastung für die nachfolgende Generation reduziert werden, um eine Generationengerechtigkeit herzustellen?

Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Ebenso alle Gesetze und Verordnungen, die zu staatlichen Ausgaben führen. Neue Schulden sollten unserer Meinung nach nur noch für wirklich zukunftsfördernde Investitionen aufgenommen werden. Dabei sehen wir Ausgaben für Bildung als einzig wirklich nachwachsende Ressource Deutschlands - die gleichzeitig noch Ausgaben in der Zukunft vermindert - an vorderster Front.

2. Die Energiewende und die damit verbundenen Kosten tragen zu einem Großteil der Mittelstand und die Privathaushalte.

Wie ist es zu rechtfertigen, dass es für die Großunternehmen zahlreiche Ausnahmegenehmigungen gibt, die diese Unternehmen von den Kosten befreien?

Wir sehen die Notwendigkeit für bestimmte Betriebe, die tatsächlich existenzielle Probleme mit der EEG Umlage haben, eine Sonderregelung zu ermöglichen. Da solchen energieintensiven Unternehmen typischerweise eine weitere Wertschöpfungskette nachgelagert ist, riskieren wir viele Arbeitsplätze, wenn die Ausnahmen ersatzlos gestrichen werden. Die Reduzierung oder Befreiung soll dabei auch von durchgeführten oder geplanten Maßnahmen zur Energieeffizienz und Lastflexibilisierung dieser Unternehmen abhängig sein.

Nicht einverstanden sind wir damit, wie viele und welche Art von Unternehmen momentan eine Ausnahmeregelung erhalten. Beispielsweise halten wir es nicht für akzeptabel Bahnbetrieben und Braunkohletagebauen dieses Privileg zukommen zu lassen.

Die Kosten für die Energiewende müssen möglichst gleichmäßig auf viele Schultern verteilt werden. Außerdem müssen Mechanismen korrigiert werden, die den größten Teil des Preisanstiegs verursachen, beispielsweise die Preisfindung an der Strombörse.

3. Eine Vermögenssteuer oder eine Vermögensabgabe würde den Mittelstand enorm belasten. Sie vernichtet nicht nur Arbeitsplätze, sondern verhindert auch die Investition in neue Entwicklungen und den Produktionsausbau.

Wie stehen Sie zur Einführung einer Vermögenssteuer?

Zur Vermögenssteuer haben wir keine Beschlusslage. Diskutiert wird eine Wiedereinführung auf Basis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus 1995 oder auch als Alternative die Anhebung der Erbschaftssteuer.

4. Das deutsche Schulsystem ist auf Grund der föderalen Struktur sehr differenziert. Sowohl die Leistungsanforderungen als auch das Angebot an Ganztagschulen differiert zwischen den einzelnen Bundesländern sehr stark. Dieser Sachverhalt führt u.a. dazu, dass die

Umzugsbereitschaft der Menschen stark eingeschränkt ist und Fachkräfte auf Grund der familiären Situation von einem Umzug absehen.

Wie kann Ihrer Meinung nach auf die föderale Struktur Einfluss genommen werden, um hier zu einer größeren Angleichung zu kommen?

Es ist leider so, dass sich eine Lenkung am besten noch über die finanzielle Beteiligung ermöglichen lässt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Kooperationsverbot vollkommen aufgehoben wird. Weiterhin muss bei der KMK der von Ihnen genannte Sachverhalt bewusst gemacht werden. Über unsere Vertretungen in den Landesparlamenten arbeiten wir darauf hin.

5. Das ab dem 1. August 2013 geltende Betreuungsgeld wird von vielen Unternehmerinnen kritisch gesehen, da es weder den für viele Kinder notwendigen Besuch einer Kindertagesstätte noch die Erwerbstätigkeit von Frauen fördert.

Werden Sie sich nach der Wahl für eine Abschaffung des Betreuungsgeldes einsetzen?

Die Piratenpartei Deutschland spricht sich gegen das Betreuungsgeld aus. Die PIRATEN setzen sich für die gleichwertige Anerkennung der verschiedenen Familienmodelle ein. Die finanzielle Bevorzugung eines bestimmten Modells lehnt die Piratenpartei ab.

Das Betreuungsgeld fördert in erster Linie das konservative Familienmodell, bei dem die Frau zu Hause bleibt, um sich um die Kinder zu kümmern, während der Mann arbeiten geht. Dieses Familienmodell wird bereits durch das Ehegattensplitting gefördert, welches die Piratenpartei ebenfalls ablehnt. Steuerliche Vergünstigungen sind stattdessen an die Versorgung von Kindern zu knüpfen und nicht vom gewählten Familienmodell abhängig zu machen.

Die Gelder, welche durch die Nichteinführung des Betreuungsgeldes gespart würden, könnten viel besser in Kinderbetreuung und Bildung investiert werden«, so Nerz weiter. Deshalb fordern und unterstützen die Piraten den Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung von Geburt an und betonen die Bedeutung der frühkindlichen Bildung.